



Niederschrift

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 115. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. April 2021, 14:00 Uhr,
als Videokonferenz

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Abg. Tim Brockmann (CDU)

Abg. Lukas Kilian (CDU)

Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)

Abg. Kathrin Bockey (SPD)

Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)

Abg. Thomas Rother (SPD)

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)

Abg. Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Abg. Jörg Hansen (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Faire Verteilung der Corona-Hilfen auch für den Profisport	4
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2874	
	Gewährung von Corona-Hilfen auch für den Profisport durch das Land	4
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2888 (neu)	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung bauordnungsrechtlicher Vorschriften	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2575	
3.	Entwurf eines Gesetzes zur ambulanten Resozialisierung und zum Opferschutz in Schleswig-Holstein (ResOG SH)	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2681	
4.	Förderung von Dach-und Fassadenbegrünung in Schleswig-Holstein	8
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2068	
5.	Verschiedenes	9

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. **Faire Verteilung der Corona-Hilfen auch für den Profisport**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2874](#)

Gewährung von Corona-Hilfen auch für den Profisport durch das Land

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2888](#) (neu)

(überwiesen am 26. März 2021)

Abg. Bockey berichtet, nach ihrer Kenntnis verhindere die CDU auf Bundesebene eine andere Regelung. Sie frage daher die Abgeordneten der CDU, ob es hierüber innerparteiliche Gespräche zwischen Landes- und Bundesebene gebe.

Abg. Ostmeier berichtet, in der Tat habe es diese Gespräche schon vor Vorlage des Änderungsantrags (Drucksache 19/2888 neu) gegeben. Sie werbe dafür, dass die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten ebenfalls entsprechende Gespräche auf Bundesebene führten. Da von der in Rede stehenden Regelung jedoch nicht nur der VfB Lübeck betroffen sei, habe es in den Gesprächen, die sie führe, noch keine nennenswerten Fortschritte gegeben. Sie werbe für den Antrag der regierungstragenden Fraktionen (Drucksache 19/2874); es gehe jetzt darum, die Bundesratsinitiative zu unterstützen.

Abg. Bockey regt an, angesichts des geringen Fortschritts gemeinsam auf die Bundesebene zuzugehen. - Abg. Ostmeier entgegnet, der Antrag der Koalition ziele auf eine Bundesratsinitiative mit genau diesem Ziel. Es sei wichtig, an die Zuständigkeit des Bundes für den Profisport zu erinnern. Sie stimme Abg. Bockey zu, dass ein gemeinsames Vorgehen sinnvoll sei.

Abg. Hansen begrüßt, dass sich eine konsensuale Lösung abzeichne. Es müsse jetzt jedoch darum gehen, möglichst schnell einen Beschluss zu fassen. Er habe in der vergangenen Woche einen Sonderfonds für die Aufstiegsregel vorgeschlagen, der sich jedoch noch in der Prüfung befinde.

Der Ausschuss kommt somit überein, die Anträge in seiner Sitzung am 5. Mai 2021 weiter zu beraten.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung bauordnungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2575](#)

(überwiesen am 11. Dezember 2020)

hierzu: [Umdrucke 19/5180](#) (neu), [19/5194](#), [19/5289](#), [19/5351](#),
[19/5390](#), [19/5486](#), [19/5504](#), [19/5534](#), [19/5546](#),
[19/5550](#), [19/5576](#), [19/5577](#), [19/5578](#), [19/5579](#),
[19/5580](#), [19/5581](#), [19/5582](#), [19/5591](#), [19/5620](#),
[19/5621](#), [19/5622](#)

Herr Reußow, Leiter des Bauordnungsrechtsreferats im Innenministerium berichtet auf Nachfrage des Abg. Brockmann, die angekündigte Synopse zu den Ergebnissen der schriftlichen Anhörung befinde sich im Ministerium in Vorbereitung. Er rechne nach wie vor damit, dass diese Auswertung und fachliche Bewertung dem Ausschuss Ende Mai zugeleitet werden könne.

Abg. Rother stellt in Aussicht, dass seine Fraktion sich nach Vorlage der Synopse für den Abschluss der Beratung im Ausschuss ausspreche. - Abg. Brockmann schließt sich dem an. Nach Vorlage der Synopse könne Anfang Juni über die Frage, ob eine mündliche Anhörung erforderlich sei, entschieden werden.

3. Entwurf eines Gesetzes zur ambulanten Resozialisierung und zum Opferschutz in Schleswig-Holstein (ResOG SH)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2681](#)

(überwiesen am 28. Januar 2021)

hierzu: [Umdrucke 19/5447](#), [19/5518](#), [19/5525](#), [19/5545](#), [19/5575](#),
[19/5590](#), [19/5634](#), [19/5642](#), [19/5643](#), [19/5644](#),
[19/5645](#), [19/5646](#), [19/5647](#), [19/5651](#), [19/5652](#),
[19/5653](#), [19/5657](#), [19/5664](#), [19/5665](#); [19/5692](#)

Im Nachgang zur Sitzung beschließt der Ausschuss im elektronischen Beschlussverfahren die Durchführung einer mündlichen Anhörung zur Vorlage (Benennung der Anzuhörenden bis 12. Mai 2021).

4. **Förderung von Dach-und Fassadenbegrünung in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2068](#)

(überwiesen am 8. Mai 2020)

hierzu: [Umdrucke 19/4118](#) (neu) - 2. Fassung, [19/4181](#), [19/4252](#),
[19/4319](#), [19/4322](#), [19/4340](#), [19/4341](#), [19/4348](#),
[19/4349](#), [19/4350](#), [19/4352](#), [19/4371](#), [19/4372](#),
[19/4382](#), [19/4423](#)

Abg. Rossa regt an, einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu erbitten. Das Förderprojekt sei seines Wissens sehr erfolgreich verlaufen; es sei daher wichtig, die Erfahrungen der Landesregierung und die Schlussfolgerungen zu erfahren.

Abg. Rother stimmt diesem Vorschlag zu. Er erinnert jedoch daran, dass der Antrag seiner Fraktion, Drucksache 19/2068, auch die Begrünung von Gebäuden in der sozialen Wohnraumförderung fordere. Er bittet, diesen Aspekt - insbesondere die Frage von Förderobergrenzen - in den schriftlichen Bericht der Landesregierung mit aufzunehmen.

Im Nachgang zur Sitzung beschließt der Ausschuss im elektronischen Beschlussverfahren, die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum bereits durchgeführten Projekt zu bitten.

5. Verschiedenes

Die Vorsitzende weist auf die Rücknahme der Verfassungsbeschwerde des Kreises Schleswig-Flensburg (LVerfG 2/19) hin (Umdruck 19/5689).

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 14:30 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer